

Inhalt

■	Ausschreibungen	5
	Programm für Bürger*innen, Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV) - Städtepartnerschaften	5
	Programm für Bürger(innen), Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV) – Städtenetzwerke	5
	Justiz-Programm: Stärkung der Rechte von Personen, die der Straftat verdächtigt werden / Opferrechte	6
	Europäisches Solidaritätskorps – Qualitätssiegel	6
■	Öffentliche Konsultationen	8
	Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens in der EU	8
	Grenzüberschreitende familiäre Situationen – Anerkennung der Elternschaft.....	8
■	EU-Politik	9
	EU ebnet Weg für das digitale COVID-Zertifikat der EU	9
	Sicheres Reisen im Sommer	9
	Neue Initiative gegen Fachkräftemangel in der EU ...	10
	EU stärkt Globale Partnerschaft für Bildung	10
	EU-Drogenbericht 2020.....	11
	EU-Haushalt für auswärtiges Handeln 2021-2027	11
	Management- und Leistungsbilanz zum EU-Haushalt 2020	12
	EU-Haushalt 2022	13

Neue Regeln zu terroristischen Inhalten im Netz	13
Neue EU-Urheberrechtsvorschriften.....	14
Multilaterale handelspolitische Reaktion auf die COVID-19-Pandemie.....	14
Europäische digitale Identität für alle	15
Dreizehnmal mehr antisemitische Inhalte in sozialen Medien.....	15
Europäisches Semester – Frühjahrspaket	15
Ein stärkerer und widerstandsfähigerer Schengen- Raum	16
Politische Einigung über das neue Instrument für Heranführungshilfe (IPA III).....	17
Makrofinanzhilfe für Tunesien, das Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien.....	17
NextGenerationEU 2021.....	18
COVID19-Impfung für Jugendliche.....	18
Thüringen erhält ca. 70 Mio. Euro zur Bewältigung der Corona-Folgen	19
Biliana Sirakova erste EU-Jugendkordinatorin	19
EU garantiert Darlehen für deutsche Kultur- und Kreativbranche über Triodos Bank	20
Digitale Versammlung 2021.....	20
Ukraine: EU stellt humanitäre Hilfe bereit	21
Kostenlose Beratung für Kommunen	21
EU-Schweiz: Gegenseitige Anerkennung von Medizinprodukten nicht mehr gültig	22
EU-Aufbauhilfe REACT-EU: Baden-Württemberg	22
Konferenz zur Zukunft Europas.....	23
Strengere Vorschriften für Medizinprodukte	23

Kreatives Europa: Arbeitsprogramm 2021	24
Desinformation: Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodexes.....	24
EU stockt humanitäre Hilfe für Palästina auf	25
Finanzierungsplattform zur Unterstützung von Gesundheitssicherheit und Resilienz in Afrika	25
Team-Europa-Initiative: Impfstoffe, Arzneimittel und Gesundheitstechnologie in Afrika	26
EU-Richtlinie über Tabakerzeugnisse.....	26
Coronavirus: Dritter Vertrag mit BioNTech-Pfizer.....	26
SURE - Sozialanleihen	27
Michaela Moua erste Anti-Rassismus- Koordinatorin	27
Blaue Karte EU: Neue Regeln für hochqualifizierte Wanderarbeitnehmer*innen	28
■ Veranstaltungen	29
Städtepartnerschaften fördern, finanzieren und neu denken.....	29
Antragstellung Akkreditierung in der Berufsbildung	29

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Juni 2021 ist der 15.06.2021.

■ Ausschreibungen

Programm für Bürger*innen, Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV) - Städtepartnerschaften

Im Rahmen des Programms CERV hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zum Thema „Städtepartnerschaften - Pauschalzuschüsse“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **26.08.2021**.

Diese Maßnahme zielt darauf ab, Projekte zu unterstützen, die eine Vielzahl von Partnerstädten in einer Städtepartnerschaftsveranstaltung zu Themen im Einklang mit den Zielen des Programms und unter Berücksichtigung der politischen Prioritäten zusammenbringen.

Durch die Mobilisierung der Bürger*innen auf lokaler und Unionsebene zur Debatte über konkrete Themen der europäischen politischen Agenda soll diese Maßnahme die Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozess der Union fördern und Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement und Freiwilligentätigkeit auf Unionsebene entwickeln.

Insgesamt sollen für diesen Aufruf 2 745 135 Euro zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Programm für Bürger*innen, Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV) – Städtenetzwerke

Im Rahmen des Programms CERV hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zum Thema „Städtenetzwerke - Pauschalzuschüsse“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **26.08.2021**.

Städtepartnerschaften sind ein starkes Bindeglied zwischen den Gemeinden. Daher sollte das Potenzial der durch eine Reihe von Städtepartnerschaften geschaffenen Netzwerke für die Entwicklung einer thematischen und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Städten genutzt werden. Die Europäische Kommission unterstützt den Aufbau solcher Netzwerke, die für eine strukturierte, intensive und vielfältige Zusammenarbeit wichtig sind und damit zur Maximierung der Wirkung des Programms beitragen.

Insgesamt stehen 4,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Justiz-Programm: Stärkung der Rechte von Personen, die der Straftat verdächtigt werden / Opferrechte

Im Rahmen des Justiz-Programms ruft die Europäische Kommission zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung transnationaler Projekte auf. Dies soll der Stärkung der Rechte von Personen, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden und der Rechte von Opfern von Straftaten dienen. Die Einreichfrist endet am **09.09.2021**.

Die Ziele dieser Aufforderung sind:

- Beitrag zur wirksamen und kohärenten Anwendung des EU-Strafrechts im Bereich der Rechte von Personen, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden (Priorität der Verfahrensrechte);
- Beitrag zur wirksamen und kohärenten Anwendung des EU-Rechts im Bereich der Rechte der Opfer von Straftaten im Einklang mit den Prioritäten der EU-Opferrechtsstrategie (2020-2025) (Priorität Opferrechte).

Insgesamt stehen 6,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Europäisches Solidaritätskorps – Qualitätssiegel

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps zwei Aufrufe zum Qualitätssiegel für Freiwilligenarbeit in der Humanitären Hilfe (leichtes Verfahren / vollständiges Verfahren) veröffentlicht. Beide Aufrufe haben jeweils zwei Einreichfristen: **22.09.2021 und 05.01.2022**.

Das Programm des Europäischen Solidaritätskorps bringt junge Menschen zusammen, um eine integrativere Gesellschaft aufzubauen, schutzbedürftige Menschen zu unterstützen und auf gesellschaftliche und humanitäre Herausforderungen zu reagieren. Es bietet jungen Menschen, die helfen, lernen und sich entwickeln möchten, eine inspirierende und stärkende Erfahrung und bietet einen einzigen Zugangspunkt für solche Solidaritätsaktivitäten in der gesamten Union und darüber hinaus.

Das Europäische Solidaritätskorps unterstützt auch eine Reihe von Aktivitäten und Maßnahmen, die darauf abzielen, qualitativ hochwertige Solidaritätsaktivitäten anzubieten. Eine davon ist die Entwicklung und Unterhaltung eines Gütesiegels.

Das Qualitätssiegel für Freiwilligenarbeit in der Humanitären Hilfe bescheinigt, dass eine Organisation in der Lage ist, qualitativ hochwertige solidarische Aktivitäten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, Zielen und Anforderungen der Aktion „Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe“ durchzuführen. Die Erlangung dieses Qualitätssiegels ist Voraussetzung für die Teilnahme ausschließlich an Freiwilligentätigkeiten zur Unterstützung humanitärer Hilfseinsätze.

- Aufruf „Vollständiges Verfahren“: Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Aufruf „Leichtes Verfahren“: Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens in der EU

Angesichts des zunehmenden Antisemitismus wird die Kommission vor Jahresende eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens in der EU vorlegen. Im Mittelpunkt sollen dabei die Bekämpfung von Antisemitismus im Internet, die Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Gemeinschaften, das Gedenken an den Holocaust und Bildung stehen.

Die Kommission wird gezielte Maßnahmen vorlegen, um die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen und zu unterstützen. Die Initiative wird zu Pluralismus, Toleranz und Nichtdiskriminierung und somit zu gemeinsamen Werten der EU beitragen.

Die Frist für Rückmeldungen zu diesem Fahrplan endet am **05.07.2021**.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Grenzüberschreitende familiäre Situationen – Anerkennung der Elternschaft

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es möglich, dass eine in einem EU-Mitgliedstaat festgestellte Elternschaft in einem anderen Mitgliedstaat nicht anerkannt wird. Dies kann für die betroffenen Kinder zu erheblichen Benachteiligungen führen.

Die Kommission wird die Interessenträger konsultieren, um Erkenntnisse über die Problemlage und ihre Folgen zu sammeln und allen interessierten Parteien Gelegenheit zu geben, sich zu den vorgestellten politischen Optionen und ggf. zu anderen Aspekten der Initiative zu äußern. Mit dieser Initiative soll gewährleistet werden, dass die in einem EU-Mitgliedstaat festgestellte Elternschaft EU-weit anerkannt wird, damit Kinder auch in grenzüberschreitenden Situationen, namentlich wenn ihre Familien innerhalb der EU reisen oder umziehen, ihre Rechte behalten.

Die Frist für Rückmeldungen endet am **25.08.2021**.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ EU-Politik

EU ebnet Weg für das digitale COVID-Zertifikat der EU

Die Präsidenten des Europäischen Parlaments und des Rates der EU, David Sassoli und Antonio Costa sowie die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen haben am 14.06.2021 an der feierlichen Unterzeichnung der Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU teilgenommen. Sie markiert das Ende des Gesetzgebungsverfahrens.

Das digitale COVID-Zertifikat der EU zielt darauf ab, die Freizügigkeit innerhalb der EU während der COVID-19-Pandemie auf sichere Weise zu erleichtern. Alle Europäer*innen haben das Recht auf Freizügigkeit, und dies auch ohne das Zertifikat – doch wird das Zertifikat Reisen erleichtern und die Inhaber*innen von Beschränkungen wie Quarantäne befreien.

Die Verordnung gilt ab dem 01.07.2021 für zwölf Monate.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_21_2965

Sicheres Reisen im Sommer

Die Mitgliedstaaten haben sich am 14.06.2021 auf ein koordiniertes Vorgehen bei der schrittweisen Aufhebung der Reisebeschränkungen aufgrund der verbesserten Corona-Lage in der EU geeinigt.

U. a. einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, dass vollständig geimpfte Personen und Genesene von reisebedingten Beschränkungen befreit werden sollen. Die Mitgliedstaaten verständigten sich auch auf klarere und vereinfachte Reiseanforderungen: Von Reisenden aus orange eingestuften Gebieten könnte nur verlangt werden, dass sie vor der Ausreise einen negativen Test vorweisen, während Reisenden aus rot eingestuften Gebieten eine Quarantänepflicht auferlegt werden könnte, sofern sie keinen Test vor der Abreise durchgeführt haben.

Die neuesten Informationen sind auf der [Website „Re-open EU“](#) abrufbar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210614-sicheres-reisen_de

Neue Initiative gegen Fachkräftemangel in der EU

Die Kommission startete am 11.06.2021 Fachkräftepartnerschaften, eine Schlüsselinitiative im Rahmen des neuen Migrations- und Asylpakets, die dabei helfen soll, den Fachkräftemangel in der Europäischen Union abzubauen und Partnerschaften mit Drittstaaten im Bereich Migration zu stärken, die für alle Beteiligten vorteilhaft sind.

Mittels der Abstimmung der Kompetenzen von Arbeitskräften aus Drittländern auf den Bedarf des Arbeitsmarkts in der EU sollten Fachkräftepartnerschaften zu einem zentralen Bestandteil der Beziehungen der EU zu Partnerländern werden, wenn es darum geht, die Migration gemeinsam zu steuern. Auf einer von der Kommission organisierten Konferenz berieten Vertreter*innen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments, der Sozial- und Wirtschaftspartner und anderer Interessenträger der EU über die Gestaltung und Nutzung von Fachkräftepartnerschaften.

Die Möglichkeiten für Mobilität und legale Migration spielen beim Ansatz der EU für die gemeinsame Steuerung der Migration mit Partnerländern eine zentrale Rolle.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2921

EU stärkt Globale Partnerschaft für Bildung

Vor dem G7-Gipfel in Cornwall hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 10.06.2021 den G7-Schwerpunkt Bildung für Entwicklung betont. Die EU unterstütze das Ziel, dass bis 2026 40 Mio. mehr Mädchen die Schule besuchen und der Finanzierungsbeitrag für die Globale Partnerschaft für Bildung um ein Drittel auf 100 Mio. Euro pro Jahr erhöht werde.

Die EU wird den Umbau der Bildungssysteme für mehr als eine Mrd. Mädchen und Jungen in bis zu 90 Ländern und Regionen mit 700 Mio. Euro zwischen 2021-2027 unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210610-g7-gipfel_de

EU-Drogenbericht 2020

Drogenhändler haben während der COVID-19-Krise verstärkt verschlüsselte Nachrichtendienste, Social-Media-Apps, Online-Quellen sowie Post- und Lieferdienste genutzt. Dies wirft die Frage auf, ob eine langfristige Auswirkung der Pandemie die weitere Digitalisierung der Drogenmärkte sein könnte.

Das geht aus dem am 09.06.2021 vorgestellten EU-Drogenbericht 2020 hervor, der von der EU-Drogenbeobachtungsstelle (EMCDDA) veröffentlicht wird.

Auf der Grundlage von Daten aus 29 Ländern (EU-27, Türkei und Norwegen) bietet der Bericht neue Einblicke in die Auswirkungen eines komplexen Drogenproblems und eines Drogenmarktes, der gegen Störungen durch COVID-19 gewappnet ist.

Der Bericht warnt vor den Risiken für die öffentliche Gesundheit, die von der Verfügbarkeit und Verwendung einer breiteren Palette von Stoffen ausgehen, die oftmals von hoher Wirksamkeit oder Reinheit sind. Außerdem wird beschrieben, wie organisierte kriminelle Gruppen die illegale Drogenproduktion in Europa verstärkt haben, um Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels zu umgehen, wodurch Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken entstehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210609-eu-drogenbericht_de

EU-Haushalt für auswärtiges Handeln 2021-2027

Die Europäische Kommission begrüßt den Beschluss des Europäischen Parlaments, das „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) – Europa in der Welt“ für den Zeitraum 2021-2027 zu verabschieden.

Dieser Beschluss versetzt die EU in die Lage, in den nächsten sieben Jahren mit einem Budget von 79,5 Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen zur Erholung der Welt von der Krise beizutragen. Diese Mittel werden für internationale Partnerschaften in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Klimawandel, Demokratie, gute Regierungsführung, Menschenrechte sowie Frieden und Sicherheit in unseren Nachbarländern und darüber hinaus eingesetzt.

Diese Mittel werden wie folgt aufgeteilt:

- 60,38 Mrd. Euro für geografische Programme;
- 6,36 Mrd. Euro für thematische Programme;
- 3,18 Mrd. EUR für Krisenreaktionsmaßnahmen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2885

Management- und Leistungsbilanz zum EU-Haushalt 2020

Der EU-Haushalt trägt zu einer raschen und umfassenden Reaktion der EU auf die Coronavirus-Krise und ihre Folgen bei und unterstützt zugleich die übergeordneten Prioritäten der EU. Dafür wurden rasch und flexibel Finanzmittel mobilisiert, mit denen der dringendste Bedarf gedeckt werden konnte, ohne dass bei der Anwendung der höchsten Haushaltsführungsstandards Abstriche gemacht wurden.

Am 08.06.2021 legte die Kommission zwei sich ergänzende Unterlagen zur Berichterstattung über die Leistungen des EU-Haushalts vor:

- eine [jährliche Management- und Leistungsbilanz für den EU-Haushalt](#)
- und eine [nach vorne blickende Mitteilung über den Leistungsrahmen für den EU-Haushalt im MFR 2021-2027](#).

Aus dem ersten Dokument – der jährlichen Management- und Leistungsbilanz – lässt sich ablesen, dass sich mit dem EU-Haushalt trotz seines relativ geringen Volumens beachtliche Ergebnisse erzielen lassen und dass der Haushalt in Krisenzeiten eine entscheidende Rolle spielen kann. Der solide Rahmen für die interne Kontrolle der Kommission sorgte dafür, dass der EU-Haushalt das ganze Jahr über gut und wirksam geschützt war.

Der Leistungsrahmen, der Gegenstand des zweiten Dokuments ist, wird gewährleisten, dass die Europäische Kommission – beginnend bei der wirksamen Umsetzung des derzeitigen, durch das Aufbauinstrument NextGenerationEU ergänzten mehrjährigen Finanzrahmens – weiterhin stark auf die künftig zu erzielenden Ergebnisse fokussiert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2877

EU-Haushalt 2022

Die Kommission hat am 08.06.2021 einen jährlichen EU-Haushalt in Höhe von 167,8 Mrd. Euro für 2022 vorgeschlagen, der durch Finanzhilfen in Höhe von schätzungsweise 143,5 Mrd. Euro im Rahmen von NextGenerationEU ergänzt werden soll. Mit dieser kombinierten Schlagkraft werden erhebliche Investitionen mobilisiert, um die wirtschaftliche Erholung anzukurbeln, die Nachhaltigkeit zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei werden vorrangig grüne und digitale Ausgaben getätigt, damit Europa widerstandsfähiger wird und für die Zukunft gerüstet ist.

Der durch NextGenerationEU flankierte Haushaltsentwurf 2022 lenkt Mittel dorthin, wo sie am meisten bewirken können. Dabei wird dem dringenden Aufbaubedarf der EU-Mitgliedstaaten und unserer Partner weltweit Rechnung getragen.

Der Haushalt spiegelt die politischen Prioritäten der EU wider, die für einen nachhaltigen Wiederaufbau von Bedeutung sind. Daher schlägt die Kommission folgende Mittelzuweisungen (Mittel für Verpflichtungen) vor (*Auswahl*):

- 118,4 Mrd. Euro an Finanzhilfen von NextGenerationEU im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität;
- 36,5 Mrd. Euro für regionale Entwicklung und Zusammenhalt, aufgestockt um weitere 10,8 Mrd. Euro über NextGenerationEU im Rahmen von REACT-EU;
- 17,9 Mrd. Euro für Menschen, sozialen Zusammenhalt und Werte, davon 13,3 Mrd. Euro für den Europäischen Sozialfonds Plus zur Stärkung der Beschäftigung, Kompetenzen und sozialen Inklusion, 3,4 Mrd. Euro für Erasmus+ zur Schaffung von Bildungs- und Mobilitätsmöglichkeiten;
- 1,9 Mrd. Euro für den Schutz unserer Grenzen;
- 1,3 Mrd. Euro für migrationsbezogene Ausgaben;
- 789 Mio. EUR für EU4Health.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2878

Neue Regeln zu terroristischen Inhalten im Netz

Terroristische Inhalte müssen ab 2022 innerhalb von einer Stunde nach einer Entfernungsanordnung der nationalen Behörden aus dem Web entfernt werden. Entsprechende EU-Vorschriften sind in Kraft.

Die Mitgliedstaaten und Online-Plattformen haben nun ein Jahr Zeit, ihre Prozesse anzupassen. Die Verordnung gilt ab dem 07.06.2022.

Die Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Cyberkriminalität gehört zu den Prioritäten der Kommission unter Präsidentin von der Leyen.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20210607-terroristische-inhalte_de

Neue EU-Urheberrechtsvorschriften

Am 07.06.2021 endete die Frist, in der die Mitgliedstaaten die neuen EU-Urheberrechtsvorschriften in nationales Recht umgesetzt haben müssen. Die neue [Urheberrechtsrichtlinie](#) schützt kreatives Schaffen im digitalen Zeitalter und bringt konkrete Vorteile für die Bürger*innen, die Kreativwirtschaft, die Presse, Forscher*innen, Lehrkräfte und Einrichtungen des Kulturerbes in der gesamten EU.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1807

Multilaterale handelspolitische Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

Die EU hat am 04.06.2021 einen Vorschlag vorgelegt, in dem die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) aufgefordert werden, sich für einen multilateralen Handelsplan einzusetzen, um die Produktion von COVID-19-Impfstoffen und -Arzneimitteln bzw. die Verbreitung von Therapien auszuweiten und einen universellen und fairen Zugang zu gewährleisten.

Mit diesem Vorschlag an die WTO, der zwei Mitteilungen umfasst, unterstreicht die EU die zentrale Rolle der WTO bei der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2801

Europäische digitale Identität für alle

Die Kommission hat am 03.06.2021 einen Rahmen für eine europäische digitale Identität (EUid) vorgeschlagen, die allen Bürger*innen, Einwohner*innen und Unternehmen in der EU zur Verfügung stehen wird.

Die Bürger*innen werden in der Lage sein, mit einem Klick auf ihrem Handy ihre Identität nachzuweisen und Dokumente in elektronischer Form aus ihren EUid-Brieftaschen weiterzugeben. Sie werden mit ihrer in ganz Europa anerkannten nationalen digitalen Identifizierung europaweit Online-Dienste nutzen können. Sehr große Plattformen werden verpflichtet sein, die Verwendung von EUid-Brieftaschen auf Verlangen des Nutzers, z. B. zum Nachweis seines Alters, zu akzeptieren. Die Verwendung von EUid-Brieftaschen wird stets im Ermessen des Nutzers liegen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2663

Dreizehnmal mehr antisemitische Inhalte in sozialen Medien

Die Verbreitung antisemitischer Inhalte in den sozialen Medien hat während der Corona-Pandemie stark zugenommen. So stieg die Zahl antisemitischer Inhalte in deutscher Sprache auf Twitter, Facebook und Telegram während der ersten beiden Monate des Jahres 2021 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten um das Dreizehnfache. Das ist das Ergebnis der Studie „Anstieg des Antisemitismus im Internet während der Pandemie“, die die Europäische Kommission am 03.06.2021 vorgestellt hat.

Die Studie wurde vom Institut für strategischen Dialog (ISD) durchgeführt und analysiert Online-Inhalte in deutscher und französischer Sprache.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210603-antisemitische-inhalte_de

Europäisches Semester – Frühjahrspaket

Die Europäische Kommission hat am 02.06.2021 das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters vorgelegt.

Mit diesem Paket, das Empfehlungen für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten enthält, begleitet die Kommission den Prozess der schrittweisen Wiederbelebung der Wirtschaft. Diese Empfehlungen sollen den Mitgliedstaaten helfen, ihre wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und dabei die Aufbau- und Resilienzfazilität, das zentrale Instrument von NextGenerationEU, bestmöglich zu nutzen.

Das Europäische Semester findet in diesem Jahr in abgewandelter Form statt: es wurde mit den Aufbau- und Resilienzplänen verknüpft, in denen die Mitgliedstaaten darlegen, welche Investitionen und Reformen sie aus der Aufbau- und Resilienzfazilität finanzieren werden.

Die Haushaltspolitik sollte 2021 und 2022 weiterhin die Stützung der Konjunktur zum Ziel haben. Die Mitgliedstaaten sollten eine verfrühte Beendigung ihrer Stützungsmaßnahmen vermeiden und die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität in vollem Umfang nutzen. Investitionen und Reformen im Rahmen der Fazilität werden dazu beitragen, die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, das Potenzialwachstum zu steigern und die Beschäftigung zu fördern, Ungleichgewichte abzubauen und die öffentlichen Finanzen zu verbessern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2722

Ein stärkerer und widerstandsfähigerer Schengen-Raum

Die Europäische Kommission legt am 02.06.2021 eine neue Strategie vor, mit der der Schengen-Raum – als weltweit größter Raum, in dem freier Personenverkehr gewährleistet ist – stärker und widerstandsfähiger gemacht werden soll. Der freie Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen ist das Herzstück der Europäischen Union und spielt für die Erholung Europas nach der Coronavirus-Krise eine entscheidende Rolle.

Das reibungslose Funktionieren des Schengen-Raums beruht auf drei Säulen: wirksames Management der EU-Außengrenzen, Stärkung der internen Maßnahmen zum Ausgleich des Wegfalls der Kontrollen an den Binnengrenzen, insbesondere in den Bereichen polizeiliche Zusammenarbeit, Sicherheit und Migrationsmanagement sowie Gewährleistung einer soliden Krisenvorsorge und Governance, einschließlich der Vollendung des Schengen-Raums.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2708

Politische Einigung über das neue Instrument für Heranführungshilfe (IPA III)

Die Europäische Kommission begrüßt die politische Einigung vom 02.06.2021 zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über das neue Instrument für Heranführungshilfe (IPA III), das für den Zeitraum des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 mit einem Gesamtbudget von über 14 Mrd. Euro ausgestattet ist.

Mit diesem Instrument werden die Kandidatenländer und potenziellen Kandidaten dabei unterstützt, die EU-Beitrittskriterien durch tiefgreifende, umfassende Reformen zu erfüllen.

Nach den Instrumenten IPA I und IPA II erhalten Albanien, Bosnien und Herzegowina, das Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Türkei nun Unterstützung durch das neue Instrument.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2810

Makrofinanzhilfe für Tunesien, das Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien

Die Europäische Kommission hat am 01.06.2021 im Namen der EU im Rahmen ihres [COVID-19-Makrofinanzhilfepakets](#) weitere Mittel an Tunesien, das Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien ausgezahlt.

Die Auszahlungen von 300 Mio. Euro an Tunesien, von 50 Mio. Euro an das Kosovo, von 30 Mio. Euro an Montenegro und von 80 Mio. Euro an Nordmazedonien erfolgen im Rahmen des im Mai 2020 vereinbarten Makrofinanzhilfepakets über 3 Mrd. Euro, mit dem zehn Erweiterungs- und Nachbarschaftspartner bei der Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie unterstützt werden sollen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2803

NextGenerationEU 2021

Nach der Annahme des Eigenmittelbeschlusses durch alle EU-Mitgliedstaaten kann die Kommission nun beginnen, mithilfe des Instruments NextGenerationEU die nötigen Mittel für den Aufbau Europas aufzunehmen.

Zu diesem Zweck hat die Europäische Kommission am 01.06.2021 angekündigt, dass sie im Jahr 2021 langfristige Anleihen (EU-Bonds) in Höhe von ca. 80 Mrd. Euro aufnehmen wird, die mit kurzfristigen Anleihen (EU-Bills) ergänzt werden sollen, um den verbleibenden Finanzierungsbedarf zu decken.

Auf diese Weise kann die Kommission in der zweiten Jahreshälfte die Mittel für alle im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität geplanten Finanzhilfen und Darlehen an die Mitgliedstaaten aufbringen und den Bedarf in den EU-Politikbereichen decken, für die eine Finanzierung durch NextGenerationEU vorgesehen ist.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2749

COVID19-Impfung für Jugendliche

Nach der positiven Empfehlung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) zur Verwendung der BioNTech/Pfizer-Impfstoffe für 12- bis 15-Jährige gibt das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) den EU-Staaten in einem am 01.06.2021 veröffentlichten Bericht wissenschaftliche Überlegungen zur COVID-19-Impfung von Jugendlichen an die Hand.

Der Bericht enthält eine Reihe von Schlüsselementen, die bei der Erwägung der Impfung von Jugendlichen gegen COVID-19 zu berücksichtigen sind. Die EU-Gesundheitsbehörde ECDC unterstreicht, dass eine solche Impfung im breiteren Kontext der COVID-19-Impfstrategie für die gesamte Bevölkerung betrachtet werden sollte. Die Impfung von Jugendlichen mit hohem Risiko für eine schwere COVID-19-Erkrankung wie bei anderen Altersgruppen als Priorität betrachtet werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210601-ecdc-covid-impfung_de

Thüringen erhält ca. 70 Mio. Euro zur Bewältigung der Corona-Folgen

Die Europäische Kommission wird über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) helfen, die Folgen der COVID-19-Pandemie in Thüringen mit zusätzlichen 69,2 Mio. Euro abzufedern.

Konkret werden die Mittel eingesetzt, um das öffentliche Gesundheitssystem zu stärken und eine grüne, digitale und widerstandsfähige Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. Die REACT-EU-Hilfe für Thüringen gehört zu den insgesamt 225,8 Mio. Euro, die die Kommission am 01.06.2021 für Frankreich, Deutschland, Kroatien und Lettland zur Bewältigung der Coronavirus-Krise bewilligt hat.

Rund 12 Mio. Euro sind für Investitionen in Krankenhäuser vorgesehen, etwa für technische Ausstattung, Infektionsprävention und Maßnahmen zur Sicherung des Krankenhausbetriebes. Weitere 24,5 Mio. Euro sollen in Forschung und Entwicklung mit Fokus auf grüne und digitale Technologien investiert werden. KMU in besonders betroffenen Sektoren wie dem Tourismusbereich sollen ca. 6,9 Mio. Euro zur Abfederung der unmittelbaren Folgen der Krise erhalten. Die grüne Wirtschaft soll durch Investitionen z. B. in den öffentlichen Nahverkehr mit 14,7 Mio. Euro unterstützt werden. Schließlich fließen 11,1 Mio. Euro in die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbare Energien, z. B. in ein Projekt zur Reduzierung von CO₂-Emissionen mithilfe von neuen Energieeffizienztechnologien.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210601-thueringen-corona-folgen_de

Biliana Sirakova erste EU-Jugendkoordinatorin

Die Europäische Kommission will die Zusammenarbeit in der Jugendarbeit stärken und hat die Kommissionsbeamtin Biliana Sirakova zur ersten EU-Jugendkoordinatorin ernannt.

Sie soll eine Anlaufstelle für junge Menschen und Organisationen sein, die die Interessen der europäischen Jugend vertreten und der Jugend eine Stimme bei der Gestaltung der EU-Politik geben.

Sie wird Kommissarin Gabriel in Fragen der Jugendpolitik beraten und das Bewusstsein für die EU-Maßnahmen in diesem Bereich schärfen, jeweils in enger Zusammenarbeit mit den anderen EU-Institutionen und -Agenturen sowie mit den Mitgliedstaaten. Die Jugendkoordinatorin wird auch dazu beitragen, die Ergebnisse des EU-Jugenddialogs weiterzugeben und jungen Menschen Feedback zu geben, unter anderem über das Europäische Jugendportal und die EU-Jugendstrategieplattform.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210601-biliana-sirakova-jugendkoordinatorin_de

EU garantiert Darlehen für deutsche Kultur- und Kreativbranche über Triodos Bank

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) garantiert der Triodos Bank ein Portfolio von bis zu 200 Mio. Euro im Rahmen des EU-Programms für den Kultur- und Kreativsektor. Damit kann die Triodos Bank in den nächsten zwei Jahren in Belgien, Deutschland, Spanien und den Niederlanden voraussichtlich an rund 250 Unternehmen im Bereich Film- und Medienproduktion, Kunstschulen, Musikfestivals und Theater Darlehen vergeben. Die geografische Aufteilung wird von der Nachfrage der Märkte abhängen.

Ziel der Transaktion ist es, den oft sehr kleinen Kultur- und Kreativunternehmen, die zu den am stärksten betroffenen Sektoren der Wirtschaft gehören, Zugang zu Finanzierungen zu geben, um einen Weg aus der Krise hin zu nachhaltigem Wachstum zu finden. Unternehmen, die an einer Finanzierung interessiert sind, können sich für weitere Informationen mit ihrem lokalen Triodos-Ansprechpartner in Verbindung setzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210601-darlehen-kultur-und-kreativbranche_de

Digitale Versammlung 2021

Am 01. und 02.06.2021 richteten die Europäische Kommission und der portugiesische EU-Ratsvorsitz die [Digitale Versammlung](#) aus, die dieses Jahr dem [digitalen Jahrzehnt Europas](#) gewidmet ist.

Im Mittelpunkt dieser hochrangigen Veranstaltung standen die EU-Ziele für 2030 im Rahmen des digitalen Jahrzehnts und das Programm „Digitales Europa“, ein neues mit 7,5 Mrd. Euro dotiertes Finanzierungsprogramm für die Umsetzung europäischer digitaler Projekte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2715

Ukraine: EU stellt humanitäre Hilfe bereit

Im Zuge des seit über sieben Jahren andauernden Konflikts im Osten der Ukraine hat die Europäische Kommission humanitäre Hilfe in Höhe von 25,4 Mio. Euro angekündigt, um Menschen zu helfen, die weiterhin unter den anhaltenden Feindseligkeiten leiden. Damit beläuft sich der Gesamtbetrag der humanitären Hilfe der EU seit Beginn des Konflikts auf 190 Mio. Euro.

Die am 27.05.2021 angekündigten Mittel werden den vom Konflikt betroffenen Menschen dabei helfen, Zugang zu Gesundheitsversorgung, einschließlich besserer Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, und zu Unterstützungsangeboten wie Rechtsberatung zu erlangen. Sie werden dazu beitragen, beschädigte Häuser, Schulen und Krankenhäuser zu reparieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2681

Kostenlose Beratung für Kommunen

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) beteiligt sich als schleswig-holsteinischer Netzwerkpartner an der Europäischen Plattform für Investitionsberatung (EIAH). Einen entsprechenden Vertrag haben die Europäische Investitionsbank (EIB) und die IB.SH am 27.05.2021 unterzeichnet. Danach bietet die IB.SH Kommunen eine kostenlose Beratung bei Infrastrukturprojekten an und erhält dafür aus der Ausschreibung der EIAH zur Einreichung von Vorschlägen durch nationale Förderbanken und -institute 500 000 Euro.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2666

EU-Schweiz: Gegenseitige Anerkennung von Medizinprodukten nicht mehr gültig

Die gegenseitige Anerkennung und die damit verbundenen Handelserleichterungen für Medizinprodukte zwischen der EU und der Schweiz gelten seit dem 26.05.2021 nicht mehr. Dies hängt mit der in Kraft getretenen neuen Verordnung über Medizinprodukte zusammen. Die EU hatte stets klargestellt, dass es ohne eine Einigung über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz auch keine Aktualisierung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung (MRA), einschließlich des Kapitels über Medizinprodukte, geben kann.

Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen hatte die Schweiz zum Bedauern der Kommission gestern abgebrochen. Für alle betroffenen Interessenträger aus dem Bereich der Medizinprodukte hat die Kommission eine entsprechende Mitteilung veröffentlicht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210527-eu-schweiz_de

EU-Aufbauhilfe REACT-EU: Baden-Württemberg

Die EU-Aufbauhilfe REACT-EU wird über den Europäischen Sozialfonds (ESF) helfen, die sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie in Baden-Württemberg mit zunächst ca. 86 Mio. Euro abzufedern.

Konkret werden die Mittel eingesetzt, um Arbeitsplätzen zu schaffen, Beschäftigungsmaßnahmen für junge Menschen zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie auszuweiten, in Qualifizierung und Ausbildung zu investieren und die Sozialsysteme u. a. bei der Bekämpfung von Kinderarmut zu unterstützen.

Die Förderung schließt nahtlos an das aktuelle ESF-Programm in Baden-Württemberg an und bildet eine Brücke zum ESF+-Programm 2021-2027. Die REACT-EU-Hilfe für Baden-Württemberg gehört zu den insgesamt 838,8 Mio. Euro, die die Kommission am 27.05.2021 für Belgien, Frankreich, Deutschland und die Slowakei zur Bewältigung der Coronavirus-Krise bewilligt hat.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210527-aufbauhilfe-react-eu_de

Konferenz zur Zukunft Europas

Der Kalender für die Plenartagungen und europäischen Bürgerforen der Konferenz zur Zukunft Europas steht fest. Die Veranstaltungsreihe beginnt im nächsten Monat. Die konstituierende Plenartagung wird am 19.06.2021 in Straßburg stattfinden. Darauf hat sich der Exekutivausschuss am 27.05.2021 geeinigt.

Der Exekutivausschuss hat auch die endgültigen praktischen Modalitäten für die vier geplanten europäischen Bürgerforen zur Kenntnis genommen, einschließlich der jeweiligen Themen, die erörtert werden sollen:

- Werte, Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit;
- Klimawandel, Umwelt/Gesundheit;
- stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze/Bildung, Jugend, Kultur, Sport/digitaler Wandel und
- die Rolle der EU in der Welt/Migration.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20210527-konferenz-zur-zukunft-europas-erste-plenartagung_de

Strengere Vorschriften für Medizinprodukte

Am 26.05.2021 treten neue EU-Vorschriften für Medizinprodukte in Kraft, mit denen ein moderner und robusterer Rechtsrahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Patientensicherheit geschaffen wird. Die neuen Vorschriften werden nun anwendbar, nachdem ihr Geltungsbeginn aufgrund der beispiellosen Herausforderungen der Coronavirus-Pandemie um ein Jahr verschoben worden war, um dem gestiegenen Bedarf an lebenswichtigen Medizinprodukten in der gesamten EU Rechnung zu tragen.

Die Verordnung gilt für Medizinprodukte von Hüftgelenksprothesen bis hin zu Heftpflastern. Mit ihr wird die Transparenz verbessert und das EU-Recht an den technologischen und medizinischen Fortschritt angepasst.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2617

Kreatives Europa: Arbeitsprogramm 2021

Die Europäische Kommission hat am 26.05.2021 das Arbeitsprogramm für das erste Jahr der Laufzeit des Programms Kreatives Europa 2021-2027 angenommen. Damit gibt sie den Startschuss für neue Maßnahmen zur Unterstützung des Kultur- und Kreativsektors in Europa. Im Rahmen von Kreatives Europa werden 2021 so viele Mittel wie noch nie bereitgestellt: Fachkräfte sowie Künstler*innen aus allen Bereichen des Kultursektors werden mit rund 300 Mio. Euro unterstützt, damit sie über Genres und Grenzen hinweg zusammenarbeiten können, um gemeinsam Chancen zu ergreifen und neue Publikumsschichten zu erreichen.

Kreatives Europa soll auch die Wettbewerbsfähigkeit der Kulturwirtschaft steigern und ihr Augenmerk verstärkt auf Umweltschutz, Digitalisierung und Inklusion lenken. Besondere Schwerpunkte sind die Stärkung der Resilienz im Kultur- und Kreativsektor und der Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2587

Desinformation: Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodexes

Am 26.05.2021 veröffentlichte die Kommission ihre Leitlinien dazu, wie der Verhaltenskodex für den Bereich der Desinformation, weltweit der erste seiner Art, gestärkt und so zu einem wirksameren Instrument für die Bekämpfung von Desinformation werden sollte.

Darin werden die Erwartungen der Kommission dargelegt, stärkere Verpflichtungen seitens der Unterzeichner gefordert und eine breitere Beteiligung am Kodex angestrebt. Auf der Grundlage eines soliden Überwachungsrahmens und klarer Leistungsindikatoren sollten die Unterzeichner die finanziellen Anreize für Desinformation verringern, die Stellung der Nutzer*innen stärken, um ihre aktive Teilnahme an der Verhinderung der Verbreitung von Desinformation zu ermöglichen, besser mit Faktenprüfer*innen in allen EU-Mitgliedstaaten und Sprachen zusammenarbeiten und einen Rahmen für den Datenzugang für Forschungszwecke schaffen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2585

EU stockt humanitäre Hilfe für Palästina auf

Am 25.05.2021 hat die EU ihre humanitäre Hilfe für die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen in Palästina um 8 Mio. Euro aufgestockt, womit sich der Gesamtbetrag der Hilfe in diesem Jahr auf 34,4 Mio. Euro erhöht. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die Opfer der jüngsten Gewalt unterstützt werden. Die 2021 bereitgestellten humanitären Mittel der EU werden dazu beitragen, die bedürftigsten Palästinenser zu schützen, lebensrettende Hilfe zu leisten und die Menschenwürde zu wahren.

Der angekündigte Betrag umfasst 8 Mio. Euro Soforthilfe und 200 000 Mio. Euro zur Unterstützung der Palästinensischen Rothalbmondgesellschaft (PRCS), die rund um die Uhr eine medizinische Notfallversorgung im Gazastreifen und im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, bereitstellt. Außerdem sind darin 300 000 Euro zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge in Ägypten und ein Beitrag von 500 000 Euro von Italien enthalten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2670

Finanzierungsplattform zur Unterstützung von Gesundheitssicherheit und Resilienz in Afrika

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen und der Präsident der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, haben am 21.05.2021 eine neue Initiative zur Erhöhung der finanziellen und technischen Unterstützung für mehr Resilienz und verbesserte Kompetenzen im Gesundheitswesen in Afrika vorgestellt.

Die Finanzierungsplattform „Nachhaltige Gesundheitsindustrie für Resilienz in Afrika“ („Sustainable Healthcare Industry for Resilience in Africa“ - SHIRA) soll Partner aus der Politik und der Entwicklungsfinanzierung bei der Koordinierung und Verbesserung der Gesundheitssicherheit und Resilienz in Afrika unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2621

Team-Europa-Initiative: Impfstoffe, Arzneimittel und Gesundheitstechnologie in Afrika

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat am 21.05.2021 auf dem Welt-Gesundheitsgipfel der G20 in Rom eine „Team Europa“-Initiative für die Herstellung von und den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien in Afrika angekündigt.

Die Initiative ist mit 1 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt und den europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen wie der Europäischen Investitionsbank (EIB) gedeckt und soll dazu beitragen, günstige Rahmenbedingungen für die Herstellung von Impfstoffen in Afrika zu schaffen und Hindernisse sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite abzubauen. Diese finanzielle Erstausrüstung wird durch Beiträge der EU-Mitgliedstaaten weiter aufgestockt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2594

EU-Richtlinie über Tabakerzeugnisse

Die Europäische Kommission hat am 20.05.2021 ihren ersten Bericht über die Anwendung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse veröffentlicht – fünf Jahre nach deren Geltungsbeginn 2016. Dank der Richtlinie konnte die Union einen stetigen Rückgang der Raucherquoten und des Tabakkonsums verzeichnen.

Dennoch bedarf es weiterer Anstrengungen. Laut dem Bericht sind vor allem in diesen zwei Bereichen Verbesserungen erforderlich: Durchsetzung auf nationaler Ebene und bessere Berücksichtigung neuer Marktentwicklungen, z. B. neuartiger Tabakerzeugnisse.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2563

Coronavirus: Dritter Vertrag mit BioNTech-Pfizer

Die Europäische Kommission hat am 20.05.2021 einen dritten Vertrag mit den Pharmaunternehmen BioNTech und Pfizer unterzeichnet. Damit reserviert sie zwischen Ende 2021 und 2023 im Auftrag aller EU-Mitgliedstaaten weitere 1,8 Mrd. Dosen.

Der Vertrag gestattet den Ankauf von 900 Mio. Dosen des derzeitigen Impfstoffs und eines an Varianten angepassten Impfstoffs, wobei eine Option auf den Ankauf von weiteren 900 Mio. Dosen besteht.

Der Vertrag verlangt, dass die Impfstoffherstellung in der EU angesiedelt wird und dass wesentliche Komponenten aus der EU bezogen werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2548

SURE - Sozialanleihen

Seit dem Start des Kurzarbeitsprogramms SURE Ende Oktober 2020 hat die Europäische Kommission knapp 90 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufgenommen und an die Mitgliedstaaten durchgereicht, um kurzfristige Beschäftigungsprogramme zu unterstützen und Menschen in Arbeit zu halten.

Zu den 90 Mrd. Euro gehört auch die siebte Sozialanleihe in Höhe von 14,1 Mrd. Euro, die die Kommission am 19.05.2021 mit zwei unterschiedlichen Laufzeiten ausgegeben hat: 8,1 Mrd. Euro mit Fälligkeit im Juli 2029 und 6 Mrd. Euro mit Fälligkeit im Januar 2047. Alle Emissionen stießen auf großes Interesse bei den Investor*innen und wurden zu günstigen Konditionen am Markt platziert, die direkt an die Mitgliedstaaten weitergegeben werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210519-sozialanleihen-kurzarbeitsprogramm-sure_de

Michaela Moua erste Anti-Rassismus-Koordinatorin

Die Europäische Kommission hat am 17.05.2021 Michaela Moua zur ersten Anti-Rassismus-Koordinatorin ernannt. In ihrer neuen Rolle wird die Koordinatorin eng mit Menschen zusammenarbeiten, die einer ethnischen Minderheit angehören und ihre Anliegen der Kommission übermitteln.

Michaela Moua wird ebenfalls mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft kooperieren, speziell mit Kommissionsdienststellen, um die Politik der Kommission zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus umzusetzen.

Mit der Ernennung der Koordinatorin erfüllt die Kommission eine wichtige Verpflichtung aus dem EU-Aktionsplan gegen Rassismus.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210517-anti-rassismuskoodinatorin_de

Blaue Karte EU: Neue Regeln für hochqualifizierte Wanderarbeitnehmer*innen

Die Kommission begrüßt die am 17.05.2021 vom Europäischen Parlament und vom Rat erzielte Einigung über neue Regeln für die Einreise und den Aufenthalt hochqualifizierter Arbeitnehmer*innen von außerhalb der EU im Rahmen der [überarbeiteten Richtlinie über die Blaue Karte](#).

Mit dem neuen System werden effiziente Regeln für die Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte in der EU eingeführt, darunter flexiblere Zulassungsbedingungen, erweiterte Rechte und die Möglichkeit, in andere Mitgliedstaaten der EU zu ziehen und dort zu arbeiten. Die Einigung über die überarbeitete Blaue Karte ist eines der Hauptziele des [neuen Migrations- und Asylpakets](#).

Das Europäische Parlament und der Rat müssen die erzielte Einigung noch durch den Erlass der Richtlinie über die Blaue Karte EU förmlich bestätigen. Sobald die Richtlinie förmlich angenommen ist, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2522

■ Veranstaltungen

Städtepartnerschaften fördern, finanzieren und neu denken

Das Onlineseminar „Volle Fahrt voraus! Städtepartnerschaften fördern, finanzieren und neu denken“ findet am **06.07.2021** von 17:00-19:00 Uhr statt.

Dieses partnerschaftlich organisierte Seminar versorgt Sie aus verschiedenen Perspektiven heraus mit Informationen und Inspirationen, u. a. rund um diese Fragen: Wie kann ich meinem Partnerschaftsprojekt neues Leben einhauchen? Welche Finanzierungsmöglichkeiten bieten sich mir? Wie gewinne ich neue Mitglieder?

Im Plenum sowie in kleineren Workshops Ihrer Wahl können Sie sich inspirieren lassen, sich austauschen und Ihre Fragen stellen.

Die Veranstaltung wird durchgeführt vom Deutsch-Französischen Bürgerfonds, dem Deutsch-Französischen Jugendausschuss e. V., dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, der Kontaktstelle "Europa für Bürgerinnen und Bürger" sowie dem Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/4er-Netzwerk e. V.

Weitere Informationen: <https://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/>

Antragstellung Akkreditierung in der Berufsbildung

Am **15.07.2021** bietet die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung eine Online-Veranstaltung zur Beantragung einer Akkreditierung im Erasmus+-Programm an.

In diesem Webinar werden die formalen Schritte der Antragstellung sowie die verschiedenen Abschnitte des Antragsformulars vorgestellt. Dabei erhält der Erasmus Plan, als Kern des Antrags, besondere Aufmerksamkeit. Zielgruppe sind Einrichtungen der Berufsbildung, die die Beantragung einer Akkreditierung im Erasmus+-Programm planen.

Weitere Informationen: <https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/infoveranstaltung-zur-antragstellung-akkreditierung-in-der-berufsbildung>